



Wahlprüfsteine

Landtagswahl Baden-Württemberg

Hannover, 4. März 2026

Am 08. März 2026 wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Vor diesem Hintergrund haben wir die im Landtag vertretenen Parteien (CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu zentralen Fragen rund um Contracting, Wärmewende und kommunale Wärmeplanung befragt. Die Antworten zeigen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bei Technologieoffenheit, Förderinstrumenten, Bürokratieabbau und der Rolle von Kommunen und Stadtwerken. Deutlich wird zugleich: Dezentrale Energielösungen und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen gelten parteiübergreifend als wichtige Bausteine für eine klimaneutrale und bezahlbare Wärmeversorgung im Land.



1. Fragenblock: Dezentrale Contracting-Lösungen und Energiewende

Welche Bedeutung misst Ihre Partei dezentralen Contracting-Lösungen für das Gelingen der Energiewende in Baden-Württemberg bei?

Welche konkreten politischen Initiativen und Maßnahmen verfolgt Ihre Partei, um die rechtlichen, wirtschaftlichen und administrativen Rahmenbedingungen für Contracting-Modelle gezielt zu verbessern?

Partei	Antwort
	Die Antworten der SPD in Baden-Württemberg zusammengefasst: • Halten Contracting für Wohnungsgesellschaften für eine gute Lösung • Empfinden dezentrale Wärmepumpe oftmals als bessere Lösung als eine Fernwärmelösung • Lehnen den Anschluss- und Benutzungszwang im Bestand ab
	Die Antworten der CDU in Baden-Württemberg zusammengefasst: • Energiedienstleistungen spielen aus Sicht der CDU BW eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der Energieversorgung • Halten Contracting-Lösungen für einen wesentlichen Baustein einer technologieoffenen, bezahlbaren und praxisnahen Wärmeversorgung • CDU BW möchte rechtssichere und verlässliche Rahmenbedingungen, den Abbau administrativer Hürden und gezielte wirtschaftliche Anreize realisieren • Dabei setzen sie auf: standardisierte Vertragsmuster, bessere Einbindung von Contracting in kommunale Wärmepläne sowie spezifische Förderangebote und die Stärkung der Stadtwerke
	Die Antworten der Grünen in Baden-Württemberg zusammengefasst: • Energiedienstleistungen sind aus Sicht der Grünen ein wichtiger Baustein für das Gelingen der Energiewende • Bedeutsam aus ihrer Sicht: klare Förderbedingungen, rechtliche Verlässlichkeit und eine starke Beratungsinfrastruktur
	Die Antworten der FDP in Baden-Württemberg zusammengefasst: • Dezentrale Lösungen sind aus Sicht der FDP bedeutend, weil die Wärmewende vor Ort entscheiden und umgesetzt werden muss • Möchten Bürokratie abbauen und Verfahren digitalisieren

2. Fragenblock: Wärmewende im Wohngebäudebestand

Welche landespolitischen Hebel will Ihre Partei nutzen, um Investitionen in die klimaneutrale Wärmeversorgung und Contracting-Lösungen zu beschleunigen; etwa bei Förderung, Genehmigungen oder Beratung?

Welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei darüber hinaus, um energetische Sanierungen und klimafreundliche Wärmeversorgung insbesondere im bestehenden Wohnungsbestand wirksam voranzubringen?

Partei	Antwort
	Die Antworten der SPD in Baden-Württemberg zusammengefasst: - Landesbürgschaften könnten Kommunen unterstützen, Investitionen zu tätigen - Aus Sicht der SPD braucht es Fördermittel für Sozialimmobilien, um Sanierungen zu bewerkstelligen
	Die Antworten der CDU in Baden-Württemberg zusammengefasst: - Das Land soll Kommunen, Eigentümer und Wohnungsunternehmen durch Beratungsangebote, standardisierte Vertragsmodelle und Förderprogramme unterstützen - Energetischen Sanierung im Gebäudebestand soll aus Sicht der CDU durch ganzheitliche Förderansätze gestärkt werden
	Die Antworten der Grünen in Baden-Württemberg zusammengefasst: - Contracting ist aus Sicht der Grünen ein wirksames Instrument, um Investitionen in Wärmepumpen, Nah- und Fernwärme oder hybride Systeme zu beschleunigen - Förderprogramme von Land und Bund sowie Beratung und vereinfachte Verfahren sollen ergänzen - Setzen auf kommunale Wärmeplanung als Orientierungsrahmen
	Die Antworten der FDP in Baden-Württemberg zusammengefasst: - Wollen die verpflichtende kommunale Wärmeplanung beenden - Die FDP möchte ein Bürgschaftsprogramm für kleine Wärmenetze aufsetzen, um die Kreditaufnahme zu erleichtern

3. Fragenblock: Contracting und kommunale Wärmeplanung

Baden-Württemberg nimmt bundesweit eine Vorreiterrolle bei der kommunalen Wärmeplanung ein. Welche Rolle spielen aus Sicht Ihrer Partei dezentrale Contracting-Lösungen und Stadtwerke bei der Umsetzung der identifizierten Maßnahmen auf kommunaler Ebene?

Wie kann Contracting dazu beitragen, Investitionen zu mobilisieren und Kommunen, Wohnungswirtschaft sowie private Eigentümer bei der Umsetzung zu unterstützen?

Partei	Antwort
	Die Antworten der SPD in Baden-Württemberg zusammengefasst: • Aus Sicht der SPD muss das Land die Kommunen aktiver bei der Umsetzung der Wärmepläne fördern • Im Einzelfall können Contracting-Lösungen aus Sicht der SPD eine gute Lösung sein, um trotz Kapitalknappheit sanieren zu können
	Die Antworten der CDU in Baden-Württemberg zusammengefasst: • Dezentrale Contracting-Lösungen und leistungsfähige Stadtwerke spielen aus Sicht der CDU eine Schlüsselrolle, da sie die in der Wärmeplanung identifizierten Maßnahmen in konkrete Projekte übersetzen können • Contracting trägt aus Sicht der CDU entscheidend dazu bei, Investitionen zu mobilisieren
	Die Antworten der Grünen in Baden-Württemberg zusammengefasst: • Dezentrale Contracting-Modelle und Stadtwerke spielen aus Sicht der Grünen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Maßnahmen
	Die Antworten der FDP in Baden-Württemberg zusammengefasst: • Aus Sicht der FDP sollen Entscheider vor Ort passende Lösungen wählen • Aus Sicht der FDP soll die Wärmeplanung sich an örtliche Gegebenheiten orientieren und freiwillig erfolgen • Contracting könne helfen, Projekte schneller und verlässlicher umzusetzen

Hier finden Sie die vollständigen Antworten der befragten Parteien:

1. Fragenblock: Dezentrale Contracting-Lösungen und Energiewende

Welche Bedeutung misst Ihre Partei dezentralen Contracting-Lösungen für das Gelingen der Energiewende in Baden-Württemberg bei?

Welche konkreten politischen Initiativen und Maßnahmen verfolgt Ihre Partei, um die rechtlichen, wirtschaftlichen und administrativen Rahmenbedingungen für Contracting-Modelle gezielt zu verbessern?

Die Antwort der SPD:

Aus Sicht der SPD können Contracting-Lösungen in vielen Fällen für Wohnungsgesellschaften eine gute Lösung sein. Aber ebenso muss dabei auch im Auge behalten werden, was die bessere Lösung für die Endverbraucher ist. Da kann eine normale, dezentrale Wärmepumpe auch schon mal die bessere und wirtschaftlichere Lösung sein als eine teure Fernwärmelösung. Nicht zuletzt, deshalb lehnen wir auch den Anschluss- und Benutzungszwang im Bestand ab.

Die Antwort der CDU:

Dezentrale Energieversorgungslösungen wie Contracting-Modelle haben für uns eine zentrale Bedeutung für die Weiterentwicklung der Energieversorgung zu einem sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen System, insbesondere im Gebäude- und Wärmesektor. Sie ermöglichen klimafreundliche Investitionen ohne hohe Anfangskosten, binden Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen aktiv ein und stärken die regionale Wertschöpfung durch Stadtwerke, Handwerk und lokale Unternehmen. In Verbindung mit Quartiersansätzen, Wärmenetzen und der kommunalen Wärmeplanung bilden Contracting-Lösungen einen wesentlichen Baustein einer technologieoffenen, bezahlbaren und praxisnahen Wärmeversorgung. Dabei gilt für uns, dass dezentrale Lösungen dort eingesetzt werden sollen, wo sie wirtschaftlich sinnvoll sind.

Um Contracting-Modelle gezielt zu stärken, setzt die CDU Baden-Württemberg auf rechtssichere und verlässliche Rahmenbedingungen, den Abbau administrativer Hürden und gezielte wirtschaftliche Anreize. Geplant sind unter anderem standardisierte Vertragsmuster, bessere Einbindung von Contracting in kommunale Wärmepläne sowie spezifische Förderangebote, die Beratung, Risikoabsicherung und Finanzierung miteinander verbinden. Kommunale Energieversorger und Stadtwerke sollen weiter gestärkt werden, unter anderem durch eine verbesserte Eigenkapitalausstattung mithilfe von Mitteln aus dem Klima- und Transformationsfonds. Ergänzend setzen wir auf Bürokratieabbau, Digitalisierung von Genehmigungsverfahren sowie Qualifizierungsangebote für Handwerk und Planer, um die Umsetzung dezentraler Wärmelösungen spürbar zu beschleunigen.

Die Antwort der Grünen:

Wir messen dezentralen Contracting-Modellen eine wichtige Bedeutung für das Gelingen der Energiewende bei. Sie ermöglichen Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und klimaneutrale Wärmeversorgung auch dort, wo Kommunen, Wohnungswirtschaft oder private

Eigentümer*innen diese nicht allein stemmen können. Gerade im Gebäudebestand, in Quartieren und bei öffentlichen Liegenschaften können Contracting-Lösungen die Umsetzung beschleunigen.

Landespolitisch setzen wir dabei vor allem auf ermöglichende Rahmenbedingungen: klare Förderbedingungen, rechtliche Verlässlichkeit und eine starke Beratungsinfrastruktur. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA-BW), die Kommunen, Unternehmen und Wohnungswirtschaft bei der Planung, Ausschreibung und Umsetzung von Energie- und Contracting-Modellen unterstützt. Contractinglösungen müssen in allen Bereichen mitgedacht und möglich gemacht werden. Zum Beispiel in der Sozialwirtschaft zur Sanierung von Pflegeheimen oder im Gesundheitsbereich bei Krankenhäusern.

Die Antwort der FDP:

Dezentrale Lösungen sind aus unserer Sicht wichtig, weil die Wärmewende vor Ort entschieden und umgesetzt werden muss. Wir setzen darauf, dass Kommunen, Stadtwerke, Unternehmen und Immobilienbesitzer die jeweils passende Lösung wählen können. Vorgaben für einzelne Heizungsarten oder einen Anschlusszwang an Wärmenetze lehnen wir ab.

Contracting wird durch Bürokratie, Rechtsunsicherheiten und steigende Anforderungen zunehmend erschwert. Wir wollen Bürokratie spürbar abbauen und Verfahren digitalisieren, damit Projekte schneller umgesetzt werden können. Ein eigenes Landes-Sonderprogramm nur für Contracting ist derzeit nicht geplant.

2. Fragenblock: Wärmewende im Wohngebäudebestand

Welche landespolitischen Hebel will Ihre Partei nutzen, um Investitionen in die klimaneutrale Wärmeversorgung und Contracting-Lösungen zu beschleunigen; etwa bei Förderung, Genehmigungen oder Beratung?

Welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei darüber hinaus, um energetische Sanierungen und klimafreundliche Wärmeversorgung insbesondere im bestehenden Wohnungsbestand wirksam voranzubringen?

Die Antwort der SPD:

Die Kommunen wollen meist in ihren Wärmeplanungen gute Lösungen, die aber auch hohe Investitionen erfordern. Das überfordert oftmals ihre Möglichkeiten, dafür ausreichende Kredite zu bekommen, ebenso die Stadtwerke, obwohl die Investitionen wirtschaftlich sind. Hier könnten Landesbürgschaften helfen, die wir seit Jahren fordern und die den Landeshaushalt nicht belasten, aber die Grün-Schwarze Landesregierung stellt sich taub. Zudem gibt es Bereiche, in denen die Bundesförderung, die die CDU ja gerade sogar kürzen möchte, nicht ausreicht.

Für Sozialimmobilien im Bestand wie Pflegeheime und Kindergärten müsste das Land zusätzliche Fördermittel bereitstellen, damit auch diese saniert und mit einer klimaneutralen Heizung ausgestattet werden können. Hier geht derzeit fast nichts voran.

Für den Ausbau der Wärmenetze sollte dringend auch Landesmittel eingesetzt werden, da es sich einfach um sehr hohe Investitionen handelt. Dafür sollten die neuen, dank der SPD vom Bund bereitgestellten Mittel aus dem Infrastrukturfonds für die Kommunen und Länder genutzt werden. Eine besondere Fokussierung benötigt auch der Miethaus-Geschosswohnungsbau. Ganz ohne Förderung gehen hier die Mieten zu sehr in die Höhe, daher muss auch das Land mit anpacken, und nicht tatenlos auf Bund und Kommunen zeigen. Zudem zeigen Städte wie z.B. Bottrop in NRW, dass man sogar ohne Warm-Mietsteigerungen gute und klimagerechte Sanierungslösungen auch im älteren Bestand hinkommt.

Die Antwort der CDU:

Für die klimafreundliche Wärmeversorgung im Wohngebäudebestand wollen wir die landespolitischen Hebel gezielt dort einsetzen, wo sie Investitionen beschleunigen und Hemmnisse abbauen. Zentrale Ansatzpunkte sind eine stärkere Förderung klimaneutraler Wärmetechnologien und Contracting-Lösungen, rechtssichere und praxistaugliche Rahmenbedingungen sowie eine deutliche Vereinfachung und Digitalisierung von Genehmigungs- und Förderverfahren. Das Land soll Kommunen, Eigentümer und Wohnungsunternehmen durch qualifizierte Beratungsangebote, standardisierte Vertragsmodelle und gezielte Förderprogramme unterstützen, die Finanzierung, Betrieb und Risikoabsicherung aus einer Hand ermöglichen. Contracting wird dabei als wichtiger Hebel gesehen, um insbesondere im Bestand Investitionen auch ohne hohe Anfangskosten auszulösen.

Darüber hinaus setzen wir auf eine Stärkung der energetischen Sanierung im Gebäudebestand durch ganzheitliche Förderansätze statt kleinteiliger Einzelmaßnahmen. Effizienz, erneuerbare Wärme und intelligente Quartierslösungen sollen stärker zusammengedacht werden. Kommunale Wärmeplanung, Wärmenetze und dezentrale Lösungen werden systematisch verknüpft, wobei wirtschaftlich tragfähige Lösungen vor Ort im Mittelpunkt stehen. Ergänzend sollen Stadtwerke und kommunale Energieversorger finanziell gestärkt, Fachkräfte im Handwerk gezielt qualifiziert und bürokratische Hürden weiter abgebaut werden, damit klimafreundliche Wärmeversorgung im bestehenden Wohnungsbestand schneller, bezahlbar und für die Menschen vor Ort umsetzbar wird.

Die Antwort der Grünen:

Für die Wärmewende im Bestand verfolgen wir einen technologieoffenen Ansatz. Contracting kann hier ein wirksames Instrument sein, um Investitionen in Wärmepumpen, Nah- und Fernwärme oder hybride Systeme zu beschleunigen. Ergänzt wird dies durch Förderprogramme von Land und Bund, vereinfachte Verfahren sowie umfassende Beratung – etwa über die KEA-BW, regionale Energieagenturen und Programme wie *Zukunft Altbau*.

Darüber hinaus setzen wir auf die kommunale Wärmeplanung als Orientierungsrahmen, um Eigentümer*innen und Investoren Planungssicherheit zu geben und klimaneutrale Lösungen gezielt in den Bestand zu bringen.

Die Antwort der FDP:

Wir setzen auf Technologieoffenheit bei der Wärmeversorgung. Zugleich wollen wir die verpflichtende kommunale Wärmeplanung beenden und zur Freiwilligkeit zurückkehren, damit Planung dort stattfindet, wo sie echten Mehrwert schafft. Für Investitionen in die Wärmeinfrastruktur wollen wir außerdem ein Bürgschaftsprogramm für kleine Wärmenetze aufsetzen, um die Kreditaufnahme zu erleichtern.

Wir wollen Eigentümer und private Vermieter stärken und neue Belastungen durch zwangsweise energetische Sanierungen verhindern. Gleichzeitig setzen wir auf weniger Regulierung, damit Investitionen in Bestand und Neubau wieder attraktiver werden. Damit Maßnahmen im Bestand schneller umgesetzt werden können, soll der Bürokratieabbau insgesamt vorankommen.

3. Fragenblock: Contracting und kommunale Wärmeplanung

Baden-Württemberg nimmt bundesweit eine Vorreiterrolle bei der kommunalen Wärmeplanung ein. Welche Rolle spielen aus Sicht Ihrer Partei dezentrale Contracting-Lösungen und Stadtwerke bei der Umsetzung der identifizierten Maßnahmen auf kommunaler Ebene?

Wie kann Contracting dazu beitragen, Investitionen zu mobilisieren und Kommunen, Wohnungswirtschaft sowie private Eigentümer bei der Umsetzung zu unterstützen?

Die Antwort der SPD:

Das Land muss aktiver die Kommunen bei der Umsetzung der Wärmepläne auch fördern, aber auch stärker darauf schauen, ob vor Ort die besten Lösungen gesucht und gefunden werden. Contracting-Lösungen können im Einzelfall eine gute Lösung sein, um trotz Kapitalknappheit sanieren zu können, langfristig ist es für den Gebäudebesitzer aber besser, wenn er das selbst stemmen kann. Schließlich will der Contracting-Partner ja auch daran verdienen, was die Wirtschaftlichkeit für den Gebäudebesitzer automatisch schmälert.

Die Antwort der CDU:

Die kommunale Wärmeplanung ist für uns ein zentrales Instrument, um die Wärmerversorgung strukturiert und realistisch vor Ort umzusetzen. Dezentrale Contracting-Lösungen und leistungsfähige Stadtwerke spielen dabei eine Schlüsselrolle, weil sie die in der Wärmeplanung identifizierten Maßnahmen in konkrete Projekte übersetzen können. Stadtwerke verfügen über lokale Netzkenntnis, Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern sowie die notwendige Umsetzungs- und Betriebskompetenz, während Contracting-Modelle Finanzierung, Technik und Betrieb bündeln und damit die Umsetzung deutlich beschleunigen. Contracting trägt entscheidend dazu bei, Investitionen zu mobilisieren, indem es hohe Anfangsinvestitionen von Kommunen, Wohnungswirtschaft und privaten Eigentümern fernhält. So können auch im Gebäudebestand, in Quartieren oder bei Wärmenetzen klimafreundliche Lösungen umgesetzt werden, ohne kommunale Haushalte oder Eigentümer zu überfordern. Contracting-Modelle sollen deshalb systematisch in die kommunale Wärmeplanung integriert, rechtssicher ausgestaltet und durch Beratung, Standardisierung und gezielte Förderung unterstützt werden. In Kombination mit starken Stadtwerken entstehen so tragfähige, wirtschaftliche und akzeptierte Lösungen für die klimaneutrale Wärmeversorgung vor Ort.

Die Antwort der Grünen:

Dezentrale Contracting-Modelle und Stadtwerke spielen aus unserer Sicht eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der dort identifizierten Maßnahmen. Sie können Investitionen mobilisieren, Kommunen entlasten und gemeinsam mit Wohnungswirtschaft und privaten Eigentümer:innen zur konkreten Umsetzung der Wärmewende beitragen.

Die Antwort der FDP:

Wir trauen den Entscheidern vor Ort zu, die passenden Lösungen zu wählen. Wärmeplanung und Umsetzung sollen sich an den örtlichen Gegebenheiten orientieren und freiwillig erfolgen. Contracting kann helfen, Projekte schneller und verlässlicher umzusetzen, weil Planung, Finanzierung und Betrieb gebündelt werden.